

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 253 November 2016



Legislatur- Halbzeit: Eine erste Bilanz




STADTHAUS

Editorial



Halbzeit der Legislatur 2014-2018. Im Gegensatz zum Sport gibt es in der Politik keine Pausenresultate. Eine Einschätzung, ein Zwischenergebnis gewissermassen, ist dennoch möglich: Die SP-Gemeinderats- und Stadtratsfraktion

ist konstruktiv in ihrer politischen Arbeit. Und diese Arbeit bringt unsere Stadt weiter. Die SP Uster bringt sich ein, sei es mit Wortmeldungen im Parlament, im Rahmen von Vernehmlassungen und Vorstössen. Die SP-Fraktion hat sich ein Legislaturprogramm gegeben, mit Ideen, in welche Richtung Uster sich entwickeln soll. Die Arbeit daran braucht Zeit! Und die Zeit ist reif, reif nicht nur für die Zentrumsplanung, sondern auch reif für ein fussgängerfreundliches Zentrum, für ein Kulturzentrum auf dem Zeughausareal, das seinen Namen verdient, reif für mehr gemeinnützigen Wohnungsbau!

Wieweit andere die Zukunft unserer Stadt mitgestalten, ist zumindest kritisch zu hinterfragen. Ein verbindliches Legislaturprogramm des Stadtrates haben wir beispielsweise bislang nicht gesehen; und auch bei genauem Hinsehen ist für uns nicht nachvollziehbar, wohin der Kurs der Stadt geht. Irritierend scheint uns gar, wenn jahrelang aufgegleiste Projekte wie die Untere Farb plötzlich aufgegeben werden, wenn der Wind etwas ins Gesicht bläst. Diese Kehrtwendungen sind kopflos und verursachen Unsicherheiten. Gerne möchten wir wissen, was das kostet. Wie auch immer: Wir bleiben auch in der zweiten Halbzeit am Ball!

Am 27. November stimmen wir über das Finanzierungskonzept für den Um- und Erweiterungsbau des Spitals Uster ab. Eine Abstimmung, welche nur möglich ist, weil vor anderthalb Jahren die Spital Uster AG, welche von uns bekämpft wurde, abgelehnt wurde. Die SP Uster trägt die aktuelle Vorlage mit, auch wenn Fragen unbeantwortet blieben und wir angesichts der stets wachsenden Kosten im Gesundheitswesen nicht überzeugt sind, ob ein derart grosser Ausbau der Bettenzahl im Akutbereich in einer kantonalen Gesamtschau nötig und sinnvoll ist. Aus unserer Perspektive bleibt aber auch die Tatsache, dass unser Spital wichtig ist für die Grundversorgung unserer Region und ein wichtiger Arbeitgeber in unserer Stadt ist. Der Vorlage ist deshalb zuzustimmen (mehr dazu auf Seite 7).

Kleine Wunschanmerkung an die Verantwortlichen des Spitals zum Schluss: Das Spital Uster soll die SP Uster nicht als Gegnerin, sondern als Partnerin wahrnehmen und sie vermehrt in die Entscheidungsgremien miteinbinden, zum Beispiel durch einen Sitz im Verwaltungsrat. Gerne übernehmen wir Verantwortung.

Matthias Stambach, Präsident SP Uster

Aktuelles aus dem Kantonsrat

Sich über Etappensiege freuen

Als Sozialdemokrat im Zürcher Kantonsparlament ist man sich vor allem eines gewohnt: zu verlieren. Nicht weil man keine guten Argumente hätte, nein, sondern weil die bürgerliche Mehrheit im kantonalen Parlament schlicht und einfach derart erdrückend ist, dass sie Ideen von unserer Seite ohne viel Federlesens und ohne argumentativ überzeugen zu müssen vom Tisch fegen kann. Ausdauer und Stehvermögen sind deshalb wichtig. Und um die Moral hochzuhalten auch die Fähigkeit, sich über Etappensiege freuen zu können.

Einen solchen konnte ich kürzlich mit einer Parlamentarischen Initiative erzielen, mit der ich einen freiwilligen automatisierten Abzug der Steuern am Lohn fordere. Jahr für Jahr werden im Kanton Zürich rund 68'000 Steuerrechnungen in der Höhe von rund 300 Millionen Franken betrieben. Eine für alle Seiten unhaltbare Situation: Kanton und Gemeinden haben einen hohen administrativen Aufwand, die Menschen, die die Steuern schulden, und dies in aller Regel nicht aus Bosartigkeit tun, ein weiteres Problem am Hals. Mit einem automatisierten Abzug beim Lohn, gewissermassen eine Art «Quellensteuer für alle, die das wollen», wäre allen Seiten geholfen.



Die Idee zu lancieren ist das eine, eine Mehrheit dafür zu organisieren das andere. Seit der Einreichung des Vorstosses Anfang Jahr habe ich hinter den Kulissen Überzeugungsarbeit zu leisten versucht, habe auf Untersuchungen verwiesen, Statements gesammelt und Gespräche geführt, alles mit dem Ziel, die nötigen 60 Stimmen für

eine Überweisung zusammenzukriegen. Angesichts der bürgerlichen Mehrheit, die trotz einer positiven Studie eines bürgerlichen Think Tanks von der Idee nichts wissen will, keine einfache Sache. Dennoch ist es am Ende gelungen: Mit 74 Stimmen wurde der Vorstoss Mitte September im Kantonsrat vorläufig unterstützt.

Doch wie erwähnt, das alles ist nur ein Etappensieg: Die Idee geht nun in eine Kommission zur weiteren Diskussion, zur Prüfung von Argumenten, allenfalls für Anhörungen von ExpertInnen. Wenn der Vorstoss dann irgendwann wieder in den Rat kommt, sind dann nicht mehr 60 sondern 90 Stimmen nötig, damit die Idee Wirklichkeit werden kann. Mit anderen Worten: Ich konnte zwar einen Etappensieg feiern, die Tour ist aber noch lange nicht zu Ende.

Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1

Auflage: 17 000 Exemplare

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 80–13431–8

Redaktion: Stefan Feldmann, Layout: Ewald Feldmann

Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Legislaturhalbzeit-Bilanz: Ein erstes Fazit aus SP-Sicht

Einiges erreicht, viel Arbeit bleibt

Uster braucht alle – mit diesem Motto ist die um einen Sitz verstärkte SP-Fraktion nach den Wahlen 2014 in die Arbeit im Gemeinderat gestiegen. Die ausgeglichenen Mehrheitsverhältnisse ermöglichten der SP da und dort einige Erfolge. Doch es bleibt weiter viel Arbeit, um die Entwicklung Usters zu stärken. Eine Bestandsaufnahme zur Legislaturhalbzeit.

Von Markus Wanner,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

Wenn wir auf die erste Hälfte der Legislatur 2014-2018 zurückblicken, so dürfen wir ohne Zweifel behaupten, dass es der SP-Fraktion gelungen ist, wichtige Themen auf die politische Agenda zu setzen. Viele Themen, die aktuell diskutiert werden, haben nicht selten ihren Ursprung bei der SP, denken wir etwa an die Diskussionen um die Nutzung des Zeughaus-Areals oder die Zentrumsentwicklung. Und andere Themen, die die SP seit vielen Jahren beackert hat, scheinen langsam über die Parteigrenzen hinweg Akzeptanz zu finden. Zu denken ist etwa an den gemeinnützigen Wohnungsbau oder aber die Frühförderung im schulischen Bereich. Dass eine positive Entwicklung in Uster möglich ist, hat auch damit zu tun, dass in dieser Legislatur die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat ausgeglichener sind als in der Vergangenheit: SP und Grüne kommen zusammen auf 12 Sitze, die Mitte-Parteien GLP, EVP, BDP und CVP haben zusammen 7 der 36 Parlamentssitze. Rechnerisch bedeutet dies: Wenn sowohl SP/Grüne als auch die Mitte-Parteien bereit sind, Kompromisse einzugehen, sind Mehrheiten möglich. Und diese sind auch nötig, geben sie doch ein Gegengewicht zum in der neuen Legislatur tendenziell nach rechts gerückten Stadtrat.

Einflussnahme auf Gestaltungspläne

Uster kämpft im Bereich Wohnen mit den gleichen Problemen wie andere Städte: Der Wohnraum hat sich auch in Uster massiv verteuert. Deshalb will die SP den Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau erhöhen. Und gerade hier konnte die SP beim Gestaltungsplan «Zeughaus» einen ihrer grössten Erfolge feiern: Auf unseren Druck hin wurde festgelegt, dass 50 Prozent für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert ist. Auch haben wir auf dem ganzen Areal einen hohen Wohnanteil, Einschränkungen der Ver-



SP-Fraktionspräsident Markus Wanner auf dem Zeughaus-Areal: «Der Stadtrat lässt bei der Stadtentwicklung den nötigen ‚Drive‘ vermissen.»

kaufsnutzung und Nutzungsmöglichkeiten für das Gewerbe gefordert, welche dann auch im Gestaltungsplan Eingang gefunden haben.

Beim Gestaltungsplan «Am Stadtpark» waren wir weniger erfolgreich: Unsere Forderung nach gemeinnützigem Wohnungsbau wurde nicht im Gestaltungsplan verankert. Dieser Forderung sei aber mit einem Vertrag zwischen dem Grundstückbesitzer und der Stadt Rechnung getragen, versicherte der Stadtrat. Hoffen wir also, dass dies nun auch so umgesetzt wird wie versprochen. Beim Gestaltungsplan «Rehbühl» schliesslich gelang es der Fraktion, einen anspruchsvollen Mittelweg zwischen bezahlbarem Wohnen und sinnvollen Energieanforderungen einzubringen.

Frühe Förderung und ein neues Schulhaus

Im Bereich Bildung und Familien steht aktuell das Thema Frühförderung zuoberst auf der Themenliste. Hier haben wir vom Stadtrat eine Standortbestimmung im Bereich «Förderliche Entwicklungsbedingungen für alle Kinder» ver-

langt. In der zweiten Legislaturhälfte geht es nun darum, zu prüfen, ob die SP mit der Standortbestimmung des Stadtrates zufrieden ist. Oder ob anschliessend weitere gezielte Massnahmen und Vorstösse nötig sind.

Dass das neue Schulhaus Krämeracker nun endlich gebaut werden kann, hat zu parteiübergreifendem Aufatmen geführt. Unserer neuen Primarschulpräsidentin Patrica Bernet (siehe Interview auf Seite 6) ist es gelungen, nach jahrelangen Irrungen und Wirrungen das Projekt erfolgreich durch den Gemeinderat und die Volksabstimmung zu lotsen. Gänzlich zufrieden sind wir trotz Aufatmen aber nicht: Der Stadtrat und letztlich auch der Gemeinderat zeigten bei diesem Projekt einmal mehr, dass sie auch bei Schulhäusern auf Kosten der Kinder sparen wollen. So wurden etwa nötige Gruppenräume gestrichen und die Grösse der Klassenzimmer unter die kantonalen Richtlinien gesenkt. Trotz all diesen Mängeln: Die Gestaltung des Schul-

Fortsetzung auf Seite 4

hauses ist pädagogisch durchdacht und Synergien mit der Sekundarschule werden genutzt. Vor allem aber konnten wir uns schlicht weitere Verzögerungen nicht mehr leisten.

Stadtentwicklung: quo vadis?

Damit Uster attraktiv bleibt, muss die Stadt investieren. Von einem Gestaltungswillen spüren wir beim Stadtrat aber nur wenig (siehe Beitrag auf Seite 5). Neue Ideen fehlen, der Stadtrat versucht bloss am bestehenden Festzuhalten. Dies zeigte sich etwa am Gesamtkonzept Schiffflände: Die SP brachte hier interessante Vorschläge für eine attraktive Gestaltung ein, leider fanden sie aber keine Mehrheit. Nichts Neues, alles soll beim Alten bleiben.

Und was läuft in Sachen Zentrumsentwicklung? Seitens des Stadtrates: Wenig bis nichts. Es fehlt an einem Konzept, an Ideen, an Zielvorstellung (was auch damit zu tun haben könnte, dass der Stadtrat sich nach wie vor keine eigenen Legislaturziele gegeben hat). Einfach einen neuen Verein «Herzkern» für die Zentrumsentwicklung finanziell zu unterstützen, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, reicht nicht. Die SP fordert seit längerem im Zentrum eine sorgfältige Planung des öffentlichen Raums, fussgängerfreundliche Zonen, Priorisierung des Langsamverkehrs, Begegnungszonen und konsumfreie Plätze. Wir werden im zweiten Teil der Legislatur hier mit unseren Forderungen nochmals einen neuen Schwerpunkt setzen.

Windfahnen-Politik

Wie konzeptlos der Stadtrat agiert, hat er auch beim Thema «Untere Farb» gezeigt. Der Gemeinderat hat auf Antrag des Stadtrates einen Gestaltungsplan bewilligt, der den Einzug des Stadtarchivs und eines Restaurationsbetriebs vorsah. Gegen den Gemeinderatsbeschluss wurde das Referendum ergriffen, ein völlig normaler Vorgang in der direkten Demokratie. Doch was macht der Stadtrat? Statt zu seinen Überzeugungen zu stehen, knickt er ein und beantragt dem Gemeinderat nun, den Beschluss wieder aufzuheben. Wohl nicht nur mir kommt da der Begriff «Windfahne» in den Sinn...

Bleibt noch das Thema Verlagerung der Kultur ins Zentrum. Bekanntlich soll auf dem Zeughausareal ein neues Kulturzentrum gebaut werden, damit die Kulturschaffenden nahtlos an die Zwischennutzung im Central dort eine neue Heimat finden. Zeitlich ist dieses Vorhaben eine Herausforderung, doch auch hier lässt es der



Im Bereich Bildung und Familien steht aktuell das Thema Frühförderung zuoberst auf der Themenliste.

Stadtrat am nötigen «Drive» vermissen. Warum bleibt schleierhaft. Die SP-Fraktion wird in jedem Fall alles daran setzen, dass das Projekt zügig vorangetrieben wird.

Attraktives Velonetz weiterhin eine Baustelle

Auf nationaler Ebene ist die Energiewende aktuell eines der grossen Themen, doch auch auf lokaler Ebene sorgt es immer wieder für Gesprächsstoff. Für die SP war das Thema ein Schwerpunkt in der ersten Hälfte der Legislatur. So haben wir im Nachgang zur kantonalen Volksabstimmung mit einem Postulat «Schaffung von Zonen für erneuerbare Energien» nachgehakt und zudem die Interpellation «Konsequente Umsetzung des Energieplans» eingereicht. Und mit einer Motion haben wir die nötigen Änderungen auf den Weg gebracht, dass künftig die Eigentümerstrategie der Energie Uster AG dem Gemeinderat vorgelegt werden muss. Das letzte Wort werden hier

nächstes Jahr die Stimmberechtigten an der Urne haben.

Eine ärgerliche Baustelle bleibt weiterhin das Thema Veloverkehr. Zwar wurde bereits in der letzten Legislatur auf Forderungen der SP hin ein Velokonzept für die Stadt erarbeitet. Doch bei der Umsetzung harzt es weiterhin: Das Velonetz in Uster ist noch immer lückenhaft und zum Teil ungenügend. Auch die fehlenden Veloparkplätze am Bahnhof sind ein bleibendes Ärgernis. Aber auch hier werden wir Dampf aufsetzen, zumal es sich hier um eines jener Themenfelder handelt, in dem eine Zusammenarbeit mit den Mitteparteien sehr gut möglich ist. Viel Arbeit bleibt also. Wir bleiben dran.

Weitere Informationen zur Arbeit der SP-Gemeinderatsfraktion wie das Legislaturprogramm oder ein Auflistung der eingereichten Vorstösse sind auf der Website der SP Uster zu finden: www.sp-uster.ch.

Legislaturhalbzeit-Bilanz: Falsche Prioritätensetzung bei den Finanzen

Sparideologie friert Usters Entwicklung ein

Die SP-Gemeinderatsfraktion konnte in der ersten Halbzeit der laufenden Legislatur einige Diskussionen anstossen und Erfolge feiern. Ein Feld ist davon allerdings weitgehend ausgenommen: die Finanzpolitik. Hier zeigt sich, dass der Stadtrat weiterhin reine Sparideologie betreibt. Die Folge: Neue Entwicklungen werden nicht aufgenommen, Investitionen aufgeschoben und wichtige Zukunftsprojekte vernachlässigt.

Von Markus Wanner,
Präsident SP-Gemeinderatsfraktion

Sparen, sparen, sparen – das ist das Motto der Finanzpolitik des Stadtrates. Und er setzt dabei darauf, dass Sparen grundsätzlich populär ist. Nun gehört es selbstverständlich zur Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik, mit den finanziellen Mitteln haushälterisch umzugehen. Aber es gehört auch zu einer verantwortungsvollen Politik, Entwicklungen vorzusehen und einzuplanen sowie Wünsche der Gesellschaft auf- und ernstzunehmen. Der Stadtrat macht genau dies aber nicht: Er plafont seit drei Jahren einfach die Budgets der Leistungsgruppen und demonstriert damit vor allem eines: Wichtig ist nur, dass es nicht mehr kostet. Mit den Budgets wird aber so auch Usters Entwicklung eingefroren.

Kein Gestaltungswille spürbar

Diese Art der Finanzpolitik hat leider System: Sie folgt der Logik einer bürgerlichen Abbaupolitik. Steuern tiefhalten, den Unterhalt vernachlässigen, Investitionen sich auf türmen lassen und dann aufgrund angeblich knapper Mittel einen Spardruck aufbauen, der in einen Leistungsabbau mündet. Die Bildung etwa soll trotz mehr Kindern und zusätzlichen Klassen mit gleich viel Geld wie bisher auskommen. Und bei der Pflegefinanzierung oder den Zusatzleistungen zur AHV werden die sich in Zukunft abzeichnenden Kosten einfach negiert – die Bedürftigen sollen sich halt inskünftig nach der Decke strecken. Der bürgerliche Stadtrat betreibt das, was der frühere Zürcher Finanzdirektor Christian

Huber (SVP) einmal als «Steuerfussfetischismus» bezeichnet hat: Die Erhöhung des Steuerfusses wird zum Tabu erklärt und damit jeder Gestaltungswille aufgegeben.

Die SP verfolgt hier eine andere Politik: Der Steuerfuss ist für uns kein Selbstzweck, sondern er stellt sicher, dass die zu erfüllenden Aufgaben auch finanziert werden können. Und wenn mehr Aufgaben auf die Stadt zukommen – etwa weil der Kanton Zürich aufgrund der gleichen Sparideologie im Rahmen seiner Sparpakete Kosten auf die Gemeinden abwälzt – oder wenn für die Zukunft der Stadt Uster wichtige Vorhaben anstehen – Kulturzentrum, neuer Schulraum – dann muss eben auch über eine Anpassung des Steuerfusses diskutiert werden. Und wenn dann mit der Unternehmenssteuerreform III auch noch Einnahmen wegbrechen sollten, wird eine Diskussion über den Steuerfuss sowieso unvermeidlich sein.

Dieser bürgerliche «Steuerfussfetischismus» ist auch deshalb ärgerlich, weil die ihm zugrunde liegende Annahme – tiefer Steuerfuss lockt gute Steuerzahlende an – schon längst widerlegt ist: Im Jahr 2000 betrug der Gesamtsteuerfuss von Uster 122 Prozent, heute liegt er noch bei 109 Prozent. Doch trotz dieser massiven Steuerfussenkung ist die Steuerkraft der Stadt Uster im Vergleich zum kantonalen Mittel nicht gestie-

gen, im Gegenteil. Die stadträtliche Politik hat deshalb am Ende nur einen Effekt: Es fehlt das Geld um Uster weiterzuentwickeln.

Umzug des Kulturzentrums gefährdet

Bei den Investitionen scheint der Stadtrat zudem aus dem Dammstrasse-Debakel (siehe Beitrag auf Seite 8) nichts gelernt zu haben. Das Muster der Vorjahre wiederholt sich: Unterhaltsarbeiten werden aufgeschoben, zentrale Investitionen wie etwa das neue Kulturzentrum oder langfristig benötigter zusätzlicher Schulraum tauchen in der Planung nicht auf oder sind massiv zu tief angesetzt. Der nahtlose Übergang der Kultur vom Central ins neue Kulturzentrum auf dem Zeughausareal scheint uns mit dieser Finanzpolitik gefährdet zu sein. Die interessierten Kulturkreise tun deshalb wohl gut daran, sich auf dieses Szenario einzustellen – oder sich heute schon zu organisieren und Druck aufzubauen. Auch bei den Finanzen gilt: Es braucht Mut zur Entwicklung. Die SP-Fraktion macht sich für eine Finanzpolitik stark, die sich an der wachsenden Einwohnerzahl, den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen, an den Älteren und den sozial Bedrängten orientiert. Damit Uster attraktiv bleibt, muss die Stadt in die Zukunft investieren. Daran hat sich die Finanzpolitik zu orientieren.



Haushälterischer Umgang mit finanziellen Mitteln ist wichtig, genauso aber auch, Entwicklungen vorzusehen und einzuplanen. Doch genau das macht der Stadtrat nicht.

Legislaturhalbzeit-Bilanz: Interview mit Primarschulpräsidentin Patricia Bernet

«Der erfolgreiche Start der Tagesschule freut mich sehr»

Im Frühling 2014 wurde Patricia Bernet von den Stimmberechtigten zur Präsidentin der Primarschulpflege Uster gewählt. In dieser Funktion gehört sie gleichzeitig auch dem Stadtrat an. Im Interview mit dem FORUM erklärt sie, wie sie die ersten beiden Jahre in ihrem neuen Amt erlebt hat, was ihre grössten Erfolge waren und welches die Herausforderungen der nahen Zukunft sind.

FORUM: Patricia Bernet, seit etwas mehr als zwei Jahre bist Du Präsidentin der Primarschulpflege und Mitglied des Stadtrates. Zeit für eine Halbzeitbilanz. Wie gefällt Dir Deine Arbeit?

Patricia Bernet: Die Primarschule ist mit ihrer Vielzahl an Themen und Projekten sehr komplex und die Ansprüche, die die Gesellschaft an die Schule und ihre MitarbeiterInnen, von der Primarschulpräsidentin über die SchulleiterInnen bis hin zu den Lehrpersonen und den Angestellten in der Administration stellen, sind hoch. Aber gerade das macht die Arbeit sehr spannend, vielfältig und abwechslungsreich.

Was sind die grössten Erfolge, welche Du in den ersten beiden Jahren erzielen konntest?

Sehr glücklich bin ich, dass uns ein erfolgreicher Start der Tagesschule gelungen ist. Dass dieses neue Angebot so gut angenommen wird, freut mich sehr. Es zeigt sich, dass eine Tagesschule in Uster wirklich ein Bedürfnis war und ist. Ebenfalls sehr froh bin ich, dass wir das Bauprojekt Krämeracker auf Kurs bringen konnten: Der Kredit wurde vom Gemeinderat und der Bevölkerung mit klaren Mehrheiten gutgeheissen und der Baustart ist inzwischen erfolgt. Ich bin überzeugt, dass wir ein sehr gutes Schulhaus bauen und im August 2018 einweihen werden können.

Für die Ustermer Schule trägt ja nicht die Schulpräsidentin alleine die Verantwortung, sondern die ganze Schulpflege. Wie bist Du mit der Zusammenarbeit in diesem Gremium zufrieden?

Sehr. Uster kann stolz sein, dass es so engagierte und fähige Schulpflegemitglieder hat, die konstruktiv und zielorientiert an Lösungen arbeiten. Die Diskussionen sind teilweise hart und kontrovers, aber immer fair. Und in vielen Fällen sind wir uns auch schnell einig. Aktuell übernehmen die Schulpflegemitglieder noch viele operative Aufgaben, teilweise weil sich das in der Vergangenheit so eingebürgert hat, teilweise weil uns die personellen Ressourcen in der Ver-



Tagesschule erfolgreich gestartet, Kredit für Schulhaus Krämeracker durch die Volksabstimmung gebracht: Primarschulpräsidentin Patricia Bernet von der SP kann auf eine erfolgreiche erste Legislaturhälfte zurückblicken.

waltung fehlen. Die Abgrenzung zwischen Strategischem und Operativem werden wir immer wieder thematisieren und Klarheit schaffen.

Als Schulpflegepräsidentin bist Du gleichzeitig auch Mitglied des Stadtrates. Wie bringst Du Dich in diesem Gremium ein?

Zum einen vertrete ich im Stadtrat natürlich die Geschäfte der Primarschulpflege und meiner Abteilung. Das ist sicherlich eine wichtige Aufgabe. Aber ich bringe meine Meinung natürlich auch bei den Geschäften ein, die inhaltlich weiter weg sind. Am spannendsten finde ich dabei Geschäfte, welche die Stadt in Zukunft prägen werden, denken wir zum Beispiel an die ganze Stadtentwicklung, die Zentrumsplanung, die diversen Gestaltungspläne. Oder aber auch an Vorlagen im Bereich Mobilität oder an Vorhaben im Bereich der Infrastruktur, wie zum Beispiel den Neubau des Hallenbades. Hier planen wir für ein paar Generationen, treffen Entscheidungen, welche für das Leben in dieser Stadt noch viele Jahrzehnte wichtig sind. Diese Verantwortung zu tragen ist anspruchsvoll und schön.

Blicken wir zum Schluss noch etwas nach vorne: Welches sind die grossen Herausforderungen,

die grossen Projekte, die im zweiten Teil der Legislatur anstehen?

Als erstes ist natürlich die Begleitung und die Fertigstellung des Schulhauses Krämeracker sowie den Bezug desselben zu nennen. Wir bauen hier für rund 400 Kinder und Jugendliche sowie 60 Erwachsene, die dann von einem Tag auf den anderen das Schulhaus übernehmen werden. Doch mit dem Bau alleine ist es nicht getan: Nachher muss auch eine gemeinsame Schulhauskultur entwickelt werden. Das braucht viel Vorarbeit und auch danach Zeit und Geduld.

Ein zweites wichtiges Thema wird die Weiterentwicklung der Tagesstrukturen sein, wo wir konstante Wachstumsraten haben.

Und ein drittes Thema ist die Sonderschulung: Seit der Einführung der integrierten Sonderschulung hat die Zahl der extern platzierten SonderschülerInnen leicht abgenommen. Das ist erfreulich, zeigt es doch, dass die Integration in Uster sehr gut funktioniert. Allerdings hat die Zahl der SchülerInnen mit sonderpädagogischen Massnahmen deutlich zugenommen. Hier braucht es ein neues Modell für die Steuerung.

Interview: Stefan Feldmann

Abstimmungen vom 27. November: JA zum Finanzierungskonzept für das Spital Uster

Sanierung dringend nötig und Erweiterung durchaus sinnvoll

Im Juni 2016 haben die Ustermer Stimmberechtigten dem Gestaltungsplan «Spital Uster» mit einer überwältigenden Mehrheit von 81 Prozent zugestimmt. Nun folgt darauf aufbauend der zweite Teil, die Abstimmung über das Finanzierungskonzept für den Um- und Erweiterungsbau. Das Bauvorhaben umfasst die Sanierung des bestehenden Spitals, sowie einen Neubau, der das bisherige Spital um knapp 70 Akut-Betten erweitert und Platz schafft für 120 Rehabilitationsbetten der Stiftung Zürcher RehaZentren.

Von Karin Niedermann, SP-Gemeinderätin

Verständlicherweise gibt es ein so grosses Umbau- und Erweiterungsvorhaben wie dasjenige des Spitals Uster viel zu reden. Dabei sind sich aber sowohl BefürworterInnen wie KritikerInnen in einem Punkt einig: Die Sanierung des Spitals ist unbestritten. Die heutige Infrastruktur ist veraltet und muss den heutigen Bedürfnissen angepasst werden. So benötigen zum Beispiel Operationssäle heute aufgrund des höheren Technisierungsgrades mehr Raumhöhe als früher und Engpässe müssen heute mit Provisorien überbrückt werden. Der Umbau und damit die Schaffung von zeitgemässen räumlichen Arbeitsbedingungen und organisatorischen Abläufen machen grössere Investitionen unumgänglich und zwar über einen Planungshorizont von 30 bis 40 Jahren. Aufgrund des von kantonalen und nationalen Statistiken prognostizierten Bevölkerungswachstums in unserer Region scheint

auch ein Zuwachs von rund 70 Akutbetten durchaus gerechtfertigt. Bereits heute muss das Spital Uster immer wieder PatientInnen abweisen bzw. an andere Spitäler weiterleiten.

Rehabilitation im Neubau

Im Neubau sollen neu zudem vier Stationen mit Rehabilitationsbetten geschaffen werden, die von der Stiftung Zürcher RehaZentren gemietet (ein 35-jähriger Mietvertrag wurde bereits abgeschlossen) und betrieben werden (auf 15 bis 20 Prozent der Gesamtfläche). Die räumliche Nähe erlaubt es, dass das Spital Uster und die Rehabilitationsklinik Infrastrukturen gemeinsam nutzen, z.B. beim Empfang, in der Küche, beim technischen Dienst oder bei der Apotheke sowie spezialisiertes Personal (z.B. FachärztInnen und PhysiotherapeutInnen) an beiden Orten einsetzen können.

Über diese neue Rehabilitationsklinik ist in der Vergangenheit besonders stark diskutiert worden. Braucht es diese wirklich? Ja, denn aktuell können nur 30 Prozent der Zürcher Reha-PatientInnen innerkantonal betreut werden. Zudem hat sich die Rehabilitation gewandelt: Die wohnorts- und spitalnahen Kliniken für früh einsetzende rehabilitative Massnahmen nach medizinischen Eingriffen oder schweren Unfällen werden immer wichtiger und ergänzen die traditionellen Höhenkliniken.

Das Finanzierungskonzept, über das wir am 27. November abstimmen werden, sieht vor, dass das Spital das Bauvorhaben in der Höhe von 349 Millionen Franken mit Fremdgeld (Anleihen) und Eigenmitteln finanziert, Beiträge der

Gemeinden selber sind nicht erforderlich. Aufgrund des Businessplans, der meines Erachtens mit vorsichtigen Schätzungen operiert, und der zur Zeit absehbaren Entwicklung der Finanzmärkte scheint das finanzielle Risiko kalkulierbar. Das Spital Uster sollte zudem mit Eigenmitteln von knapp 50 Millionen Franken in der Lage sein, auch Jahre mit (unvorhergesehenen) Defiziten aus seinem Eigenvermögen decken zu können, ohne dass die Zweckverbandsgemeinden einspringen müssen.

Kooperationen sind wichtig

Wir alle wissen, die Kosten im Gesundheitswesen steigen, wobei immer wieder auch auf eine mögliche Überversorgung verwiesen wird. Auf diesen Punkt muss ohne Zweifel ein achtbares Auge gelegt werden, die Steuerung des Angebotes ist aber keine kommunale, sondern eine kantonale und eine nationale Aufgabe. Lokal muss und kann aber mit Kooperationen gearbeitet werden. Es ist sehr zu begrüssen, dass die Spitäler in Uster und Wetzikon kürzlich vereinbart haben, ihre medizinischen Angebote aufeinander abzustimmen und sich damit nicht gegenseitig PatientInnen abzujauchen, nur um die Mindest-Fallzahlen zu erreichen.

In Abwägung allfälliger Bedenken bezüglich der Schaffung von zusätzlichen Akut- und Rehabilitationsbetten und der Unterstützung eines starken öffentlichen Spitals, das ein wichtiger Arbeitgeber ist und bleiben soll, sagt die grosse Mehrheit der SP Uster deshalb Ja zum Finanzierungskonzept für den Um- und Erweiterungsbau.



Die heutige bauliche Infrastruktur des Spital Usters ist veraltet und muss deshalb dringend saniert werden.

Abstimmungen vom 27. November: JA zum Kredit Werkliegenschaft Dammstrasse

Wer Gebäude verlottern lässt, erhält die teure Quittung...

Am 27. November stimmen die Stimmberechtigten über die Gesamtsanierung der Werkliegenschaft an der Dammstrasse ab. Der Kredit beträgt 26 Millionen Franken, wovon allerdings 16 Millionen gebundene Kosten sind. Zusätzlich kommt dann noch ein Betrag in ähnlicher Höhe durch die Energie Uster AG dazu, über den aber nicht abgestimmt wird. Das macht das Vorhaben an der Dammstrasse zu einem teuren Sanierungsprojekt. Nötig aber ist es.

Von Marius Weder, SP-Gemeinderat

Die Sanierung und die Erweiterung der Werkliegenschaft an der Dammstrasse ist ein in vielerlei Hinsicht kompliziertes Unterfangen. Vor allem auch finanziell: Der Investitionskredit, über den wir am 27. November abstimmen, beträgt 26 Millionen Franken, davon sind allerdings 16 Millionen gebundene Kosten – sie müssten auch dann investiert werden, wenn die Vorlage durch die Stimmberechtigten abgelehnt würde. Zu diesem Kredit kommen dann nochmals Kosten in ähnlicher Höhe dazu, die aber durch die Energie Uster AG getragen werden. Und auch wenn diese zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Uster ist – dieser Kredit ist der Mitsprache durch die Bevölkerung entzogen.

Etwas un schön...

Nicht alles an der Vorlage mag aus SP-Sicht zu überzeugen. So ist etwa negativ anzumerken,



So soll es einmal aussehen: Das sanierte und aufgestockte Werksgebäude samt Feuerwehrdepot an der Dammstrasse.

dass die Kosten gegenüber dem Projektierungskredit markant gestiegen sind: Die Steigerung von ursprünglich geplanten 17,4 Millionen auf nun 26 Millionen dürfte rekordverdächtig hoch sein. Nach wie vor ist aber auch das Nutzungskonzept mit Ausnahme der Blaulichtorganisationen nicht wirklich klar. So gab es laufend Nutzungsänderungen während des Prozesses. Nachdem lange ein Blaulichtstützpunkt inklusive Kantonspolizei geplant war, zog sich die Kantonspolizei plötzlich zurück. Man musste eine neue Nutzung für die 1'000 Quadratmeter suchen. Diese hat man nun gefunden, neu sollen die Geschäftsfelder Liegenschaften, das

Geschäftsfeld Gesundheit und das Betriebsamt an der Dammstrasse einziehen. Weil jedoch auch die Nutzung des ehemaligen ZKB-Gebäudes und der Liegenschaft Untere Farb nach wie vor unklar ist, sind diese Planungen wohl letztlich nur provisorischer Natur.

...aber letztlich nötig

Bei aller Kritik führt aber am Ende kein Weg daran vorbei, dass das Gebäude einer dringenden Sanierung bedarf. Die vorberatende Kommission hat sich bei einer Begehung ein Bild vom Zustand des Gebäudes gemacht – es war beschämend. Die Stadt hat das Gebäude über die Jahrzehnte schlicht und einach verlottern lassen, hat viel zu wenig in den Gebäudeunterhalt investiert. Jetzt bekommen wir die Quittung dafür. Der Stadtrat scheint da seine Pflichten betreffend Substanzerhalt vor lauter Sparideologie vernachlässigt zu haben. Das müssen wir in den nächsten Jahren bei anderen Liegenschaften unbedingt korrigieren und mehr investieren. Immerhin lässt der statische Zustand des Feuerwehrgebäudes die nötige Erweiterung und Aufstockung zu.

Das Fazit aus Sicht der SP-Gemeinderatsfraktion: Trotz diversen Unklarheiten und Unsicherheiten, trotz Kostenüberschreitung und trotz des Ärgers über den in der Vergangenheit mangelhaften Gebäudeunterhalt ist eine Sanierung der Liegenschaft zwingend nötig, zumal so die Raumbedürfnisse der städtischen Verwaltung und der Feuerwehr befriedigt werden können. Dem Kredit ist deshalb zuzustimmen.

Abstimmungsparolen vom 27. November 2016

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNG

JA zur Volksinitiative «für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie»
... weil die beschlossene Energiewende bezüglich Terminen mehr Verbindlichkeit benötigt.

KANTONALE ABSTIMMUNG

JA zur Änderung des Planungs- und Baugesetzes
... weil damit die vom Volk angenommene Kulturlandinitiative umgesetzt wird.

NEIN zur Volksinitiative «Schutz der Ehe»

... weil sie einen Rückschritt bei der Anerkennung verschiedener Lebensformen darstellt.

ZWECKVERBAND-ABSTIMMUNG

JA zum Finanzierungskonzept für den Um- und Erweiterungsbau Spital Uster
... lesen Sie den Artikel auf Seite 7.

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG

JA zum Kredit für Sanierung und Erweiterung der Werkliegenschaft Dammstrasse
... lesen Sie den Artikel auf dieser Seite.